EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

18.3.2005 PE 355.605v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-115

Entwurf eines Berichts **(PE 353.600v01-00)**
Patrick Gaubert
Die Zusammenhänge zwischen legaler und illegaler Migration und Integration der Migranten
(2004/2137(INI))

Entschließungsantrag

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 1
Bezugsvermerk 4 a (neu)

– ***unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Januar 2004 zur Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung,***

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 2
Erwägung A a (neu)

Aa. in der Erwägung, dass es keine echte europäische Migrationspolitik in organisierter und koordinierter Form gibt, und unter Hinweis auf die sich daraus ergebende festzustellende Einwanderung sowie auf die Notwendigkeit für die Union und ihre Mitgliedstaaten, sich einer geregelten Einwanderung in Zusammenarbeit mit den Drittländern zuzuwenden,

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 3
Erwägung C a (neu)

Ca. ***in der Erwägung, dass die unterschiedslose Verallgemeinerung des Grundsatzes des „sicheren Drittlandes“ und die systematische Durchführung der Rücknahmeabkommen mitunter zu Menschenrechtsverletzungen geführt haben;***

Or. it

Änderungsantrag von Giovanni Claudio Fava

Änderungsantrag 4
Erwägung C a (neu)

Ca. ***in der Erwägung, dass jede Zweideutigkeit in den Beziehungen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Einwanderung zu vermeiden ist;***

Or. it

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 5
Erwägung D

D. in der Überzeugung, dass im Zusammenhang mit der Erweiterung eine sicherere europäische Gesellschaft der Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen ***und der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Solidarität*** bedarf,

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 6
Erwägung D

D. in der Überzeugung, dass im Zusammenhang mit der Erweiterung eine sicherere europäische Gesellschaft der Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen bedarf,
wobei eine Militarisierung der Grenzen jedoch zu vermeiden ist,

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 7
Erwägung D

D. in der Überzeugung, dass im Zusammenhang mit der Erweiterung eine sicherere europäische Gesellschaft ***gemäß der Charta der Grundrechte der Union und der Verträge*** der Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen bedarf,

Or. it

Änderungsantrag von Cem Özdemir

Änderungsantrag 8
Erwägung D

D. in der Überzeugung, dass im Zusammenhang mit der Erweiterung eine sicherere europäische Gesellschaft der Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen bedarf***, wobei die Grundrechte der Person, insbesondere das Asylrecht, zu achten sind***,

Or. fr

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 9
Erwägung E

E. in der Überzeugung, dass ***sich*** die Union als ein Raum ohne Binnengrenzen im Bereich der Sicherung der Außengrenzen ***abstimmen*** und eine gemeinsame Politik im Bereich Visa, Asyl und Einwanderung konzipieren muss,

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 10
Erwägung E

E. in der Überzeugung, dass die Union als ein Raum ohne Binnengrenzen einen gemeinsamen***, kohärenten und effizienten*** Ansatz im Bereich der Sicherung der Außengrenzen verfolgen und eine gemeinsame Politik im Bereich Visa, Asyl und Einwanderung konzipieren muss,

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 11
Erwägung F

F. in der Überzeugung, dass die Bekämpfung der illegalen Einwanderung weiterhin absoluten Vorrang in der erweiterten Union haben muss, und dass die kommerzielle Ausbeutung ***und die unmenschliche Behandlung*** der Einwanderer schwer zu bestrafen ist,

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 12
Erwägung F

F. in der Überzeugung, dass die Bekämpfung der illegalen Einwanderung weiterhin absoluten Vorrang in der erweiterten Union haben muss, und dass die ***(Streichung)*** Ausbeutung der Einwanderer schwer zu bestrafen ist,

Or. es

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 13
Erwägung F

F. in der Überzeugung, dass die Bekämpfung der illegalen Einwanderung ***und des Menschenhandels*** weiterhin absoluten Vorrang in der erweiterten Union haben muss, und dass die kommerzielle Ausbeutung der Einwanderer schwer zu bestrafen ist,

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 14
Erwägung F

F. in der Überzeugung, dass die Bekämpfung der illegalen Einwanderung ***und des Menschenhandels, die Eröffnung legaler Wege der Einwanderung sowie die Integration*** weiterhin absoluten Vorrang in der erweiterten Union haben ***müssen***, und dass die ***(Streichung)*** Ausbeutung der Einwanderer ***durch ihren Einsatz in der Schwarzarbeit*** schwer zu bestrafen ist,

Or. fr

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 15
Erwägung G

G. in der Auffassung, dass die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen eine neue Herausforderung für die Union darstellt, über die eine Debatte durch das Grünbuch über die Verwaltung der Wirtschaftsmigration erneut eingeleitet wurde, dem vor Ende 2005 ein Aktionsprogramm folgen wird, ***das von gemeinsamen und der Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen gegenüber offenen Normen geprägt sein soll,***

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 16
Erwägung H

H. in der Überzeugung, dass für den Erfolg einer Politik der legalen Einwanderung ***die Durchführung von Strategien zur Verwirklichung einer vollständigen Integration*** vonnöten ist, ***unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer sowie unter Nutzung der Erfahrungen und der Zusammenarbeit des dritten Sektors, und*** die sich auf die ***Achtung der*** Rechte und ***die Teilung der*** Pflichten der legal ansässigen ***eingewanderten Bürger*** und der Gastgesellschaft stützt,

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 17
Erwägung H

H. in der Überzeugung, dass für den Erfolg einer Politik der legalen Einwanderung eine aktivere Integrationspolitik vonnöten ist, die sich auf die Rechte und Pflichten der legal ansässigen Drittlandsangehörigen und der Gastgesellschaft***, die Fähigkeit der Institutionen, Informationskampagnen zur Schaffung einer interkulturellen Gesellschaft ins Leben zu rufen, sowie auf die stetige Bekämpfung jeder Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Kultur und aus wirtschaftlichen Beweggründen*** stützt,

Or. it

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 18
Erwägung H

H. in der Überzeugung, dass für den Erfolg einer Politik der legalen Einwanderung eine aktivere Integrationspolitik vonnöten ist, die sich auf die Rechte und Pflichten der legal ansässigen Drittlandsangehörigen und der Gastgesellschaft ***sowie auf einen ständigen, auf Vertrauen und gegenseitigem Respekt gegründeten Dialog*** stützt,

Or. fr

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 19
Erwägung H

H. in der Überzeugung, dass für den Erfolg einer Politik der legalen Einwanderung eine ***offenere*** Integrationspolitik vonnöten ist, die sich auf die Rechte und Pflichten der legal ansässigen Drittlandsangehörigen und der Gastgesellschaft stützt,

Or. it

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 20
Erwägung H a (neu)

Ha. in der Erwägung, dass sich eine Änderung der Migrationspolitik in einem Mitgliedstaat auf die Migrationsströme und die Entwicklungen in der Migrationspolitik in anderen Mitgliedstaaten auswirkt,

Or. nl

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 21
Erwägung H b (neu)

Hb. in der Überzeugung, dass die Bekämpfung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern ein wesentliches Element der Einwanderungspolitik darstellen muss,

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 22
Erwägung H c (neu)

Hc. in der Erwägung, dass in Artikel III-268 des Vertrags über eine Verfassung für Europa bestimmt ist, dass der Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten für die Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union und ihre Umsetzung gilt,

Or. es

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 23
Erwägung H d (neu)

Hd. angesichts der Tatsache, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Gemeinschaft beschränkt sind, und dass sie zwischen den verschiedenen Teilbereichen der europäischen Einwanderungspolitik gerecht aufgeteilt werden müssen,

Or. fr

Änderungsantrag von Giovanni Claudio Fava

Änderungsantrag 24
Ziffer -1 (neu)

-1. ***ist der Auffassung, dass die Einwanderungspolitik der Europäischen Union anhand eines globalen und nicht eines sektorbezogenen Ansatzes erfolgen muss, der sich nicht nur auf die arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse in den Mitgliedsländern stützt, sondern vor allem auf politische Maßnahmen zur Aufnahme und zur Integration sowie auf die Festlegung eines sicheren Status und der bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte für alle Migranten in der gesamten Europäischen Union;***

Or. it

Änderungsantrag von Giovanni Claudio Fava

Änderungsantrag 25
Ziffer -1 a (neu)

-1a. ***bedauert, dass es dem Rat fünf Jahre nach dem Gipfel von Tampere nicht gelungen ist, eine gemeinsame Einwanderungspolitik festzulegen, obschon das Parlament dies wiederholt angemahnt hat, und dass er stattdessen beschlossen hat, im gesamten Bereich der legalen Einwanderung die Einstimmigkeit und das Verfahren der Konsultation beizubehalten;***

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 26
Ziffer 1

1. betont die Notwendigkeit, im Bereich der Einwanderung einen globalen und kohärenten Ansatz zu verfolgen, der sich auf die Synergien zwischen den verschiedenen beteiligten Politikbereichen gründet, und bedauert den europäischen Ansatz, der allzu oft sektoriell ist; ***wünscht*** insofern***, dass*** die Initiative der Kommission und des derzeitigen Ratsvorsitzes, nach der ein System gegenseitiger Information und vorheriger Warnung zwischen den für die Migrations- und Asylpolitik zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten geschaffen werden soll, ***unter***

Berücksichtigung der Bestimmungen der Charta der Grundrechte der Union und der Verträge die Sicherheit an den Außengrenzen und den Schutz der Menschenrechte besser gewährleistet, und schlägt vor, das Europäische Parlament ***rechtzeitig über die gegebenenfalls ergriffenen Initiativen zu unterrichten und es*** daran zu beteiligen;

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 27
Ziffer 1

1. betont die Notwendigkeit, im Bereich der Einwanderung einen globalen und kohärenten Ansatz zu verfolgen, der sich auf die Synergien zwischen den verschiedenen beteiligten Politikbereichen gründet, und bedauert den europäischen Ansatz, der allzu oft sektoriell ist; äußert sich ***deshalb und wegen der Auswirkungen, die jede Entscheidung eines Mitgliedstaats im Bereich der Einwanderung auf den Rest der Union hat,*** erfreut über die Initiative der Kommission und des derzeitigen Ratsvorsitzes, nach der ein System gegenseitiger Information und vorheriger Warnung zwischen den für die Migrations- und Asylpolitik zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten geschaffen werden soll, und ***unterstützt sie; fordert***, das Europäische Parlament daran zu beteiligen;

Or. es

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 28
Ziffer 1

1. betont die Notwendigkeit, im Bereich der Einwanderung einen globalen und kohärenten Ansatz zu verfolgen, der sich auf die Synergien zwischen den verschiedenen beteiligten Politikbereichen gründet, und bedauert den europäischen Ansatz, der allzu oft sektoriell ist; äußert sich insofern erfreut über die Initiative der Kommission und des derzeitigen Ratsvorsitzes, nach der ein System gegenseitiger Information und vorheriger Warnung zwischen den für die Migrations- und Asylpolitik zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten geschaffen werden soll, ***an dem das Europäische Parlament umfassend beteiligt wird;***

Or. it

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 29
Ziffer 2

2. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit ***mit den Mitgliedstaaten*** Überlegungen darüber anzustellen, wie die an der Steuerung der Migrationsflüsse beteiligten Strukturen besser koordiniert werden können, und dafür zu sorgen, dass die Finanzprogramme in diesem Bereich ordnungsgemäß eingesetzt und verbreitet werden;

Or. nl

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 30
Ziffer 2

2. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, Überlegungen darüber anzustellen, wie die an der Steuerung der Migrationsflüsse beteiligten Strukturen ***und Akteure*** besser koordiniert werden können, und dafür zu sorgen, dass die Finanzprogramme in diesem Beriech ordnungsgemäß eingesetzt und verbreitet werden;

Or. es

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 31
Ziffer 3

3. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Herkunftsländer auf, bei ihren Völkern Kampagnen zur Sensibilisierung für die Einwanderungspolitik***, die Integration und die Bekämpfung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit*** durchzuführen; ***ist der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern bei der Information und der Vorbeugung gegen die Ausbeutung von Menschen von ausschlaggebender Bedeutung ist;***

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 32
Ziffer 3

3. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Herkunftsländer auf, bei ihren Völkern Kampagnen zur Sensibilisierung ***und Information hinsichtlich der*** Einwanderungspolitik durchzuführen***, da der Mangel an Informationen über die Möglichkeiten legaler Einwanderung von den kriminellen Banden, die im Menschenhandel tätig sind, ausgenutzt wird***;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 33
Ziffer 3

3. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Herkunftsländer auf, *in der Bevölkerung* Kampagnen zur Sensibilisierung für die Einwanderungspolitik durchzuführen***, wobei der Integration, der sozialen Eingliederung und dem kulturellen Austausch vorrangige Bedeutung zukommt;***

Or. it

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 34
Ziffer 3 a (neu)

3a. fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Problem der Verlagerung von Migrationsströmen infolge von Änderungen in der Politik der Mitgliedstaaten anzuerkennen und Initiativen vorzulegen, um unerwünschten Entwicklungen vorzubeugen;

Or. nl

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 35
Ziffer 4

4. hält es für ausschlaggebend, das Potential der Einwanderung im Rahmen einer

europäischen Politik der gemeinsamen Entwicklung unter Einbeziehung der Gast- und der Herkunftsgesellschaften sowie der Diasporanetze möglichst weitgehend zu ***berücksichtigen;***

Or. it

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 36
Ziffer 4 a (neu)

4a. betont, dass die Union zur optimalen Nutzung des Potenzials der Einwanderung konkrete Lösungen des Problems des so genannten „Brain drains“ vorschlagen und die Mitgliedstaaten ermuntern muss, Geldsendungen der Einwanderer in ihre Herkunftsländer zu vereinfachen;

Or. fr

Änderungsantrag von Cem Özdemir

Änderungsantrag 37
Ziffer 4 a (neu)

4a. erinnert an die gemeinsame Verantwortung, die alle Europa-Mittelmeerstaaten bei der Steuerung der Nord-Süd-Migrationsflüsse trifft und die sowohl – am Südufer insbesondere – die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels sowie – am Nordufer insbesondere – die Schaffung von wirtschaftlichen Bedingungen für die soziale Entwicklung des südlichen Mittelmeerraums sowie eine würdige Aufnahme unter Achtung der Menschenwürde umfasst;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 38
Ziffer 5

5. setzt sich für die ***(Streichung)*** Aufnahme der Migrationsfrage in ***die*** Außenpolitik der Union ein, insbesondere die Entwicklungspolitik und die Wirtschaftspartnerschaften***; fordert die Mitgliedstaaten auf, die*** tieferliegenden ***Gründe der Einwanderung zu beseitigen, indem sie mit den Entwicklungsländern Partnerschaften eingehen, die sich auf einen echten Dialog stützen***;

Or. fr

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 39
Ziffer 5

5. setzt sich für die bewusste Aufnahme der Migrationsfrage in alle Bereiche der Außenpolitik der Union ein***; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Entwicklungshilfe*** und die Wirtschaftspartnerschaften ***nicht ausreichen***, um sich mit den tieferliegenden Ursachen der Auswanderung auseinander zu setzen; ***hält es für unerlässlich, dass die Union weiterhin Modelle der demokratischen Entwicklung fördert, die unter Achtung der Geschichte und der Traditionen der Drittländer die Kulturen annähern und integrieren;***

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 40
Ziffer 5 a (neu)

5a. erinnert daran, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union Klauseln über die gemeinsame Steuerung von Migrationsflüssen und die verpflichtende Rückübernahme im Fall der illegalen Einwanderung in alle Assoziations- und Kooperationsabkommen, die sie abschließt, aufnimmt;

Or. es

Änderungsantrag von Giovanni Claudio Fava

Änderungsantrag 41
Ziffer 5 a (neu)

5a. ist jedoch der Auffassung, dass die Entwicklungszusammenarbeit zwar ein notwendiges Instrument ist, um die Ursachen der Migrationsströme an der Wurzel zu bekämpfen, jedoch immer noch eine Ergänzung zu den integrations- und migrationspolitischen Maßnahmen der Europäischen Union darstellt und diese nicht ersetzen kann;

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 42
Ziffer 6

6. ruft die ***Mitgliedstaaten*** auf, ***den Personalbestand und die Finanzausstattung ihrer*** konsularischen Vertretungen in den Herkunftsländern ***aufzustocken***, um ***eine verantwortungsvolle Einwanderung zu fördern;*** glaubt, dass ***die*** Zusammenarbeit zwischen den Staaten ***es möglich machen kann, den Einwanderer auf das Land hin zu lenken, dass an seinem beruflichen*** Profil interessiert ist ***und die Einwanderung möglichst auf die Staaten zu konzentrieren, die über Aufnahmekapazitäten verfügen;*** schlägt den Einsatz unter anderem der Programme ARGO und AENEAS vor;

Or. it

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 43
Ziffer 6

6. ruft die betroffenen Staaten auf, ihre konsularischen Vertretungen in den Herkunftsländern personell, materiell und finanziell besser auszustatten, um potentielle Auswanderer über die Möglichkeiten der Einreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme zu informieren; ***fordert die Kommission auf, die Koordinierung zwischen den diplomatischen und konsularischen Strukturen der im gleichen Land tätigen Mitgliedstaaten zu fördern, auch*** um festzustellen, welcher an einem Einwanderer mit einem bestimmten Profil interessiert ist; schlägt den Einsatz unter anderem der Programme ARGO und AENEAS vor;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 44
Ziffer 6

6. ruft die ***Mitgliedstaaten*** auf, ihre konsularischen Vertretungen in den Herkunftsländern personell, materiell und finanziell besser auszustatten, um potentielle Auswanderer über die Möglichkeiten der Einreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme zu informieren; ***(Streichung)*** schlägt den Einsatz unter anderem der Programme ARGO und AENEAS vor;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 45
Ziffer 6

6. ruft die betroffenen Staaten auf, ihre konsularischen Vertretungen in den Herkunftsländern personell, materiell und finanziell besser auszustatten, um potentielle Auswanderer über die Möglichkeiten der Einreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme***, des Studiums und der Forschung*** zu informieren; glaubt, dass eine Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Staaten diesen ermöglichen würde festzustellen, welcher an einem Einwanderer mit einem bestimmten Profil interessiert ist; schlägt den Einsatz unter anderem der Programme ARGO und AENEAS vor;

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 46
Ziffer 6

6. ruft die betroffenen Staaten auf, ihre konsularischen Vertretungen in den Herkunftsländern personell, materiell und finanziell besser auszustatten, um potentielle Auswanderer über die Möglichkeiten der ***legalen*** Einreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme zu informieren; glaubt, dass eine Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Staaten diesen ermöglichen würde festzustellen, welcher an einem Einwanderer mit einem bestimmten Profil interessiert ist; schlägt den Einsatz unter anderem der Programme ARGO und AENEAS vor;

Or. es

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 47
Ziffer 7

7. meint, dass die Errichtung des integrierten Grenzschutzsystems beruhen muss auf einer verstärkten Harmonisierung in Visafragen, der aktiven Einbindung der Europäischen Agentur für die Außengrenzen mit der Schaffung eines gemeinschaftlichen Fonds für die Grenzen und der intensiveren konsularischen Zusammenarbeit ***(Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 48
Ziffer 7

7. meint, dass die Errichtung des integrierten Grenzschutzsystems beruhen muss auf einer verstärkten Harmonisierung in Visafragen, der aktiven Einbindung der Europäischen Agentur für die Außengrenzen***, gegebenenfalls unterstützt durch die*** Schaffung eines ***entsprechenden Finanzierungsfonds, sowie auf einer*** intensiveren konsularischen Zusammenarbeit ***(Streichung);***

Or. it

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 49
Ziffer 7 a (neu)

7a. hält es für unverzichtbar, die Solidarität, insbesondere mit den neuen Mitgliedstaaten, im Bereich des Schutzes der Außengrenzen und der Bekämpfung der illegalen Einwanderung zu stärken;

Or. fr

Änderungsantrag von Giovanni Claudio Fava

Änderungsantrag 50
Ziffer 7 a (neu)

7a. betont, dass jede Maßnahme zur Eindämmung der illegalen Einwanderung und zur Verstärkung der Kontrolle an den Außengrenzen, auch wenn sie in Zusammenarbeit mit Drittstaaten durchgeführt wird, den Garantien und Grundrechten des Individuums Rechnung tragen muss, wie diese in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte niedergelegt sind, wozu insbesondere das Recht auf Asyl und das Recht, an den Grenzen nicht zurückgewiesen zu werden, gehören;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 51
Ziffer 8

8. ***betont erneut, dass die legale Einwanderung nicht das Ende der illegalen Einwanderung bedeutet, und dass die Gründe, weswegen Menschen in die Union kommen, vielfältig sind;*** ist ***deshalb*** davon überzeugt, dass ***der Bekämpfung des Menschenhandels und auch*** den Einwanderern besondere Aufmerksamkeit gebührt, die Opfer ***dieses Menschenhandels*** sind, ***insbesondere schutzbedürftige Menschen, wie vor allem Frauen und Minderjährige,*** und ***erwartet*** den künftigen Aktionsplan der Kommission in diesem Bereich;

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 52
Ziffer 8

8. ist davon überzeugt, dass den Einwanderern besondere Aufmerksamkeit ***geschenkt werden muss***, die Opfer von Menschenhandel sind, ***indem die Bekämpfung derjenigen, die mit ihnen Handel treiben, zu einer Priorität der Europäischen Union gemacht wird,*** und begrüßt den künftigen Aktionsplan der Kommission in diesem Bereich***, bei dem zu berücksichtigen ist, dass eine Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern notwendig ist***;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 53
Ziffer 8

8. ist davon überzeugt, dass den Einwanderern besondere Aufmerksamkeit gebührt, die Opfer von Menschenhandel sind, und ***ist der Auffassung, dass der künftige*** Aktionsplan der Kommission in diesem Bereich ***vor allem eine humane Dimension haben muss;***

Or. it

Änderungsantrag von Johannes Blokland

Änderungsantrag 54
Ziffer 8

8. ***fordert mit Nachdruck,*** dass den Einwanderern besondere Aufmerksamkeit ***entgegengebracht wird***, die Opfer von Menschenhandel sind, und begrüßt den ***(Streichung)*** Aktionsplan der Kommission in diesem Bereich; ***fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dieses vordringliche Problem so schnell wie möglich angemessen anzugehen;***

Or. nl

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 55
Ziffer 9

9. erinnert daran, dass zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehört, dass die Beförderungsunternehmen in angemessener Weise zur Verantwortung gezogen werden, der strafrechtliche Rahmen, nach dem die Schleusernetze bestraft werden, gestärkt und die Schwarzarbeit bekämpft wird; ***empfiehlt deshalb der Union und ihren Mitgliedstaaten, die Schwarzarbeit von Einwanderern durch ein Arsenal von Sanktionen gegen die betreffenden Unternehmen, durch die verstärkte personelle Ausstattung der Überwachungsdienste und durch den Schutz der Opfer zu bekämpfen;***

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 56
Ziffer 9

9. erinnert daran, dass zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehört, dass die Beförderungsunternehmen ***und die Behörden der Herkunftsländer*** in angemessener Weise zur Verantwortung gezogen werden, der strafrechtliche Rahmen, nach dem die Schleusernetze bestraft werden, gestärkt und die Schwarzarbeit bekämpft ***sowie die Korruption in der Verwaltung aufgedeckt*** wird;

Or. es

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 57
Ziffer 9

9. erinnert daran, dass zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehört, dass die Beförderungsunternehmen in angemessener Weise zur Verantwortung gezogen werden, der strafrechtliche Rahmen, nach dem die Schleusernetze bestraft werden, gestärkt und die Schwarzarbeit ***und die physische Ausbeutung*** bekämpft ***werden;***

Or. it

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 58
Ziffer 9

9. erinnert daran, dass zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung gehört, dass die Beförderungsunternehmen in angemessener Weise zur Verantwortung gezogen werden, ***ein hohes Niveau der polizeiliche und justiziellen Zusammenarbeit beibehalten,*** der strafrechtliche Rahmen, nach dem die Schleusernetze bestraft werden, gestärkt und die Schwarzarbeit bekämpft wird;

Or. fr

Änderungsantrag von Cem Özdemir

Änderungsantrag 59
Ziffer 9 a (neu)

9a. weist allerdings ausdrücklich darauf hin, dass diese Maßnahmen unter vollständiger Achtung der Grundrechte, insbesondere des Asylrechts, angewendet werden müssen;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 60
Ziffer 9 a (neu)

9a. vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten Anstrengungen unternehmen müssen, um die illegale Beschäftigung, insbesondere im häuslichen Bereich und in der

Familie, klar auszumachen, da es sich hier um Sektoren handelt, in denen eine große Zahl von Einwandererfrauen beschäftigt ist; ist der Auffassung, dass es neuer Konzepte bedarf, um den sie beschäftigenden Familien zu ermöglichen, eine rechtliche Lösung zu finden, bei der diese Personen sozial abgesichert sind;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 61
Ziffer 10

10. fordert den Rat und die Kommission auf, sich im Bereich der Rücknahme von illegalen Einwanderern Gedanken über die Wirksamkeit geschlossener Abkommen und Leitlinien zu künftigen Abkommen zu machen; ***bekräftigt mit Nachdruck, dass*** eine ***mögliche*** europäische Rückführungspolitik ***unbedingt*** die Würde und die körperliche Unversehrtheit der Einwanderer ***achten muss, wobei eine summarische Identifizierung, die Nutzung von Charterflügen und Luftbrücken mit Ländern, die die Genfer Konvention nicht unterzeichnet haben oder keine Garantien in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte bieten, zu vermeiden sind;***

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 62
Ziffer 10

10. fordert den Rat und die Kommission auf, sich im Bereich der Rücknahme von illegalen Einwanderern Gedanken über die ***Anwendung*** geschlossener Abkommen und Leitlinien zu künftigen Abkommen zu machen; ***erinnert an die Verantwortung, die im Bereich der Rückübernahme die Herkunfts- und Transitländer tragen, und*** tritt für eine europäische Rückführungspolitik ein, bei der die Würde und die körperliche Unversehrtheit der Einwanderer geachtet wird, sowie für die Schaffung von „integrierten“ Rückführungsprogrammen;

Or. es

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 63
Ziffer 10

10. fordert den Rat und die Kommission auf, sich im Bereich der Rücknahme von illegalen Einwanderern Gedanken über die Wirksamkeit geschlossener Abkommen und Leitlinien zu künftigen Abkommen zu machen; tritt für eine europäische Rückführungspolitik ein ***(einschließlich der auf dem Hoheitsgebiet der Europäischen Union durchgeführten Kontrollen und der Zwangsmaßnahmen wie z. B. der Betreuung in Auffanglagern)***, bei der die Würde und die körperliche Unversehrtheit der Einwanderer geachtet wird, sowie für die Schaffung von „integrierten“ Rückführungsprogrammen;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 64
Ziffer 10

10. fordert den Rat und die Kommission auf, sich im Bereich der Rücknahme von illegalen Einwanderern Gedanken ***(Streichung)*** zu machen; tritt für eine europäische Rückführungspolitik ein, bei der die Würde und die körperliche Unversehrtheit der ***Personen gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Konvention*** geachtet ***werden (Streichung)***;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 65
Ziffer 11

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 66
Ziffer 11

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 67
Ziffer 11

11. teilt die Meinung der Kommission, dass die massenhafte Regularisierung illegaler Einwanderer außergewöhnlichen und einmaligen Charakter behalten muss***, denn sie fördert in gewisser Weise die illegale Einwanderung und löst nicht die eigentlichen zu Grunde liegenden Probleme***; fordert die Kommission auf, die bewährten Praktiken der Mitgliedstaaten zu analysieren***, die sich in einem System gegenseitiger Information und vorheriger Warnung entwickeln müssen***;

Or. es

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 68
Ziffer 11

11. teilt die Meinung der Kommission, dass die massenhafte Regularisierung illegaler Einwanderer ***keine Lösung für das Problem der illegalen Einwanderung ist und*** außergewöhnlichen und einmaligen Charakter behalten muss; fordert die Kommission auf, die bewährten Praktiken der Mitgliedstaaten zu analysieren;

Or. fr

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 69
Ziffer 11

11. teilt die Meinung der Kommission, dass die massenhafte Regularisierung illegaler Einwanderer ***in Ermangelung einer gemeinsamen Einwanderungs- und***

Asylregelung außergewöhnlichen und einmaligen Charakter behalten muss; fordert die Kommission auf, die bewährten Praktiken der Mitgliedstaaten zu analysieren;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 70
Ziffer 11 a (neu)

11a. ist der Auffassung, dass bei der massenhaften Regulierung illegaler Einwanderer wirtschaftlichen, demographischen und kulturellen Aspekten Rechnung getragen werden muss, und fordert, dass die Auswirkungen der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Regularisierungen analysiert werden;

Or. it

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 71
Ziffer 11 a (neu)

11a. ist überzeugt, dass legale Migration eine bedeutende Rolle bei der Stärkung des wissensbasierten Wirtschaftsraums in Europa als auch bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung spielt;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 72
Ziffer 11 a (neu)

11a. vertritt die Auffassung, dass im Rahmen der globalen europäischen Strategie geregelten Formen der Migration der Vorzug gegeben werden sollte und besonders bilaterale Abkommen zur Steuerung von Migrationsströmen mit den Herkunftsländern gestärkt werden sollten.; betont, dass die Regularisierungsmaßnahmen wichtig sind, um Schwarzarbeit zu bekämpfen, illegale Migranten in die Gesellschaft einzugliedern und zu verhindern, dass sie ausgebeutet werden können;

Or. fr

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 73
Ziffer 12

12. hält es für notwendig, in den Mitgliedstaaten je nach ihrer Aufnahmekapazität ***und ihres Bedarfs an Arbeitskräften*** legale Möglichkeiten der Einwanderung aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen sowie zur Vermindung der illegalen Einwanderung zu schaffen;

Or. fr

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 74
Ziffer 12

12. hält es für notwendig, in den Mitgliedstaaten je nach ihrer Aufnahmekapazität legale Möglichkeiten der Einwanderung aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen sowie ***mit Blick auf mögliche Auswirkungen auf einen Rückgang*** der illegalen Einwanderung zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 75
Ziffer 13

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 76
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich an ***der*** von der Kommission in ihrem Grünbuch

eingeleiteten ***Diskussion*** zu der Frage zu beteiligen, wie viel Abstimmung sollte angestrebt werden, und welchen zusätzlichen Nutzen bieten europäische Rechtsvorschriften, wenn man berücksichtigt, dass es in die ***alleinige*** Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fällt, die Zahl der ***(Streichung)*** Einwanderer festzulegen***, die sie aufnehmen wollen;***

Or. nl

Änderungsantrag von Cem Özdemir

Änderungsantrag 77
Ziffer 13 a (neu)

13a. ist besorgt darüber, dass in den Ländern des Mittelmeerraums auf Forderung bestimmter Mitgliedstaaten der Union so genannte „Erstaufnahmeeinrichtungen“ für Einwanderer, die in die Union einreisen wollen, eingerichtet werden sollen, die die Mindestgarantien für die betreffenden Personen hinsichtlich der Grundrechte nicht bieten; erinnert daran, dass die Steuerung der Migrationsflüsse nicht ausschließlich aus Sicherheitserwägungen heraus erfolgen darf, sondern auf die Lenkung einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung der Länder des Mittelmeerraums ausgerichtet sein muss;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 78
Ziffer 13 a (neu)

13a. spricht sich in dem Wissen, dass die Mitgliedstaaten für die Bestimmung der Zahl von Drittstaatsangehörigen in ihrem Hoheitsgebiet zuständig sind, dafür aus, globale Schätzungen vorzunehmen, bei denen auch jene Personen berücksichtigt werden, deren Aufenthalt aus anderen Gründen als einer wirtschaftlichen Tätigkeit genehmigt wurde, so z.B. Flüchtlinge, Personen, die subsidiären Schutz genießen, und Personen, die zum Zwecke der Familienzusammenführung einreisen, wozu auch Minderjährige im Erwerbsalter gehören, die Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten müssen;

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 79
Ziffer 14

14. ***bedauert, dass der Vorschlag für eine Richtlinie über die Einwanderung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erfolgreich war und*** unterstützt die von der Kommission in ihrem Grünbuch vorgeschlagene Möglichkeit, einen gemeinsamen Rahmen für Mindestnormen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit zu schaffen;

Or. fr

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 80
Ziffer 14

14. unterstützt ***den*** von der Kommission in ihrem Grünbuch ***vorgeschlagenen Ansatz***, einen gemeinsamen Rahmen für Mindestnormen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit zu schaffen;

Or. nl

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 81
Ziffer 14 a (neu)

14a. ist der Auffassung, dass die derzeitigen migrationspolitischen Regelungen, die auf der Kontingentierung der Zuströme und der Quantifizierung der Quoten beruhen, zu einer Zunahme der Zahl der illegalen Einwanderer geführt haben, was wiederum allgemein zur Deregulierung und zur Unsicherheit des Arbeitsmarktes in den Mitgliedstaaten beigetragen hat;

Or. it

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 82
Ziffer 14 a (neu)

14a. unterstützt die Möglichkeit, die Einreisemodalitäten flexibler zu gestalten, u.a. mit Hilfe einer Arbeitsaufenthaltserlaubnis; befürwortet den Einsatz von Gemeinschaftsvorhaben nach dem Modell „EURES“ zur Förderung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten über die Beschäftigungsmöglichkeiten für in der Europäischen Union wohnhafte Drittstaatsangehörige;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 83
Ziffer 14 b (neu)

14b. ist der Auffassung, dass eine wirtschaftliche Intervention auf Gemeinschaftsebene notwendig ist, um die derzeit auf dem Hoheitsgebiet der Union anwesenden legalen und illegalen Einwanderer dem Arbeitsmarkt zuzuführen;

Or. it

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 84
Ziffer 14

14. unterstützt die von der Kommission in ihrem Grünbuch vorgeschlagene Möglichkeit, einen gemeinsamen Rahmen für Mindestnormen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit zu schaffen***, und ist der Auffassung, dass es notwendig ist, einen gemeinsamen Rahmen für Mindestnormen für die Aufnahme der Einwanderer aus sozialen und nicht- wirtschaftlichen Gründen zu erstellen;***

Or. it

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 85
Ziffer 14 b (neu)

14b. fordert die Kommission auf, eine kurz- und mittelfristige Prognose des in den einzelnen Mitgliedstaaten notwendigen Bedarfs an Arbeitskräften durchzuführen; fordert die Mitgliedstaaten auf, der Kommission eine statistisch untermauerte Einschätzung vorzulegen, damit sie angemessene Prognosen des Bedarfs an Arbeitskräften in der Europäischen Union abgeben kann;

Or. it

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 86
Ziffer 14 c (neu)

14c. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen ständigen Dialog mit den nichtstaatlichen Organisationen zu führen, die sich mit dem Phänomen der Einwanderung befassen, um ihren Standpunkt zu Themen im Zusammenhang mit der Einwanderung einzuholen, sowie ihre Tätigkeit zugunsten der Einwanderer und ihre Forschungstätigkeit zu unterstützen;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 87
Ziffer 15

15. ***empfiehlt den*** Mitgliedstaaten ***(Streichung)***, die ***lokalen und*** regionalen ***Behörden in diesen Prozess mit einzubeziehen***;

Or. fr

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 88
Ziffer 15

15. hält es für dringend geboten, zu einer Einwanderungspolitik zu gelangen, die sich

mehr am Arbeitsmarkt orientiert ***(Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 89
Ziffer 15

15. hält es für dringend geboten, zu einer Einwanderungspolitik zu gelangen, die sich mehr am Arbeitsmarkt orientiert, ***um zu vermeiden, dass der Arbeitsmarkt der EU von billigen und illegalen Arbeitnehmern dereguliert wird,*** und fordert die Mitgliedstaaten auf, die regionalen Beschäftigungsagenturen sowie die Sozialpartner***, die Gewerkschaften und Berufsverbände, die vor Ort tätigen ehrenamtlichen Organisationen und die Aufnahmegemeinden*** an der Entscheidung zu beteiligen, wie viele ausländische Arbeitnehmer zugelassen werden sollen;

Or. it

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 90
Ziffer 15

15. hält es für dringend geboten, zu einer Einwanderungspolitik zu gelangen, die sich mehr am Arbeitsmarkt orientiert***, um ein Missverhältnis zwischen der aktiven und der nicht aktiven Bevölkerung zu vermeiden***, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die regionalen Beschäftigungsagenturen sowie die Sozialpartner an der Entscheidung zu beteiligen, wie viele ausländische Arbeitnehmer zugelassen werden sollen;

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 91
Ziffer 15

15. hält es für dringend geboten, zu einer Einwanderungspolitik zu gelangen, die sich mehr am Arbeitsmarkt orientiert, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die regionalen Beschäftigungsagenturen sowie die Sozialpartner ***mit den regionalen und lokalen Verwaltungen zusammenzubringen und*** an der Entscheidung zu beteiligen, wie viele ausländische Arbeitnehmer zugelassen werden sollen;

Or. es

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 92
Ziffer 15 a (neu)

15a. hält die Annahme einer europäischen „Green Card“ für verfrüht, zumindest solange, bis die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage und zwischen den einzelnen arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht überwunden worden sind;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 93
Ziffer 16

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, spezifische kombinierte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu schaffen, um die Einstellung von ***Saisonarbeitern und*** Personen***, die mit einem beschränkten Auftrag entsandt werden,*** zu erleichtern ***(Streichung)***;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 94
Ziffer 16

16. fordert die Mitgliedstaaten auf, spezifische kombinierte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu schaffen, um die Einstellung von Personen mit befristetem ***und unbefristetem*** Arbeitsvertrag zu erleichtern und ihre tatsächliche Rückkehr und gesellschaftliche Wiedereingliederung im Herkunftsland sicherzustellen, ***wenn sie dies wünschen,*** um zu verhindern***, dass die Illegalität zur Regel wird;***

Or. it

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 95
Ziffer a (neu)

16a. fordert die Mitgliedstaaten auf, den rechtlichen Status von Wanderarbeitern je nach Dauer ihres Aufenthalts und den Möglichkeiten, sich innerhalb der Union und zwischen den Mitgliedstaaten zu bewegen, unterschiedlich auszugestalten;

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 96
Ziffer 16 a (neu)

16a. verurteilt die Mitgliedstaaten, die noch kein Gesetz über das Asylrecht eingeführt haben, und fordert die Kommission auf, den Prozess zur Einführung eines einheitlichen europäischen Verfahrens zum Asylrecht der eingewanderten Bürger zu beschleunigen;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 97
Ziffer 17

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 98
Ziffer 17 a (neu)

17a. ermuntert die Mitgliedstaaten, im Rahmen ihrer nationalen Einwanderungspolitik mit den Ländern, aus denen viele Einwanderer stammen, bilaterale Übereinkommen zu unterzeichnen, um dem europäischen Bedarf an Arbeitskräften gerecht zu werden, oder neue Wege der legalen Einwanderung zu eröffnen, um den Migrationsprozess organisierter und transparenter zu gestalten, sowie die Beziehungen mit den Drittländern im Rahmen einer engen Partnerschaft zu fördern;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 99
Ziffer 18

18. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine Debatte über ***das Grünbuch der Kommission über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration*** einzuleiten und die Kommission regelmäßig über die Umsetzung der nationalen ***Einwanderungspolitik*** zu informieren;

Or. fr

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 100
Ziffer 18

18. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine Debatte über die Erarbeitung von Quoten für einzelne Branchen ***oder für bestimmte Berufsbilder zur Befriedigung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften*** einzuleiten und die Kommission regelmäßig über die Umsetzung der nationalen Politik der Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu informieren;

Or. fr

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 101
Ziffer 18 a (neu)

18a. betont, dass die Integration von Einwanderern wichtig ist und fordert umfassende Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Einbeziehung in den Arbeitsmarkt sowie in den Geltungsrahmen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Rechte, was ebenso wichtig ist, um die Ziele von Lissabon für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 102
Ziffer 19

19. erinnert an die einzelstaatliche Zuständigkeit im Bereich der Einwanderung; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre einzelstaatliche Politik nach der offenen Koordinierungsmethode aufgrund der kürzlich vom Rat angenommenen gemeinsamen Grundprinzipien abzustimmen***, einschließlich der Erlernung der Sprache, der Fortbildung und dem Kommunalwahlrecht***;

Or. fr

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 103
Ziffer 19

19. erinnert an die einzelstaatliche Zuständigkeit im Bereich der ***Integration, die sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch des Einwanderers Rechte und Pflichten mit sich bringt***; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre einzelstaatliche Politik nach der offenen Koordinierungsmethode aufgrund der kürzlich vom Rat angenommenen gemeinsamen Grundprinzipien abzustimmen;

Or. es

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 104
Ziffer 19 a (neu)

19a. betont, dass die Koordinierung der nationalen Politiken eine europäische Integrationspolitik nicht ersetzen kann; fordert die Mitgliedstaaten auf, Mindestkriterien für die Konzipierung einer solchen Politik zu erarbeiten;

Or. fr

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 105
Ziffer 20

20. betont, dass ***eine europäische Integrationspolitik*** dafür sorgen ***muss***, dass die Sprache des Aufnahmelandes erlernt wird ***und Fortbildungsmöglichkeiten*** und

staatsbürgerliche Schulung sowie Schulungsprogramme ***angeboten werden***, die sich unter anderem auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau beziehen, ***und dass*** die Integration durch Arbeit verstärkt ***gefördert wird (Streichung)***;

Or. fr

Änderungsantrag von Inger Segelström

Änderungsantrag 106
Ziffer 20

20. betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Sprache des Aufnahmelandes erlernt wird, und staatsbürgerliche Schulung sowie Schulungsprogramme anzubieten, die sich unter anderem auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau beziehen, sowie die Integration durch Arbeit verstärkt zu fördern; befürwortet die von bestimmten Mitgliedstaaten durchgeführten Einführungsprogramme ***(Streichung)***;

Or. sv

Änderungsantrag von Antoine Duquesne

Änderungsantrag 107
Ziffer 20

20. betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Sprache des Aufnahmelandes erlernt wird, und staatsbürgerliche Schulung sowie Schulungsprogramme anzubieten, die sich unter anderem auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau beziehen, sowie die Integration durch Arbeit***, die Bekämpfung der Ghettobildung und die politische Beteiligung an Kommunalwahlen*** verstärkt zu fördern; befürwortet die von bestimmten Mitgliedstaaten durchgeführten Einführungsprogramme, die voraussetzen, dass sowohl das Gastland als auch insbesondere der Neuankömmling gegenseitige Verpflichtungen übernehmen; ***wünscht, dass die Einwanderer durch einen symbolischen Akt auf die Grundwerte der Union verpflichtet werden;*** schlägt vor, eine europäische Debatte darüber einzuleiten, ob und gegebenenfalls welche Sanktionen von der Art, wie sie in bestimmten Mitgliedstaaten bereits praktiziert werden, verhängt werden sollten, wenn die Integrationstests nicht bestanden werden; ***ermuntert die Mitgliedstaaten, integrierte Einwanderer verstärkt in ihre Integrationspolitik einzubinden und einen Austausch zwischen Einwanderern und Ortsansässigen zu fördern;***

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 108
Ziffer 20

20. betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Sprache des Aufnahmelandes erlernt wird, und staatsbürgerliche Schulung sowie Schulungsprogramme anzubieten, die sich unter anderem auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau beziehen, sowie die Integration ***und die soziale Eingliederung*** durch Arbeit ***und das Zusammenleben mit den europäischen Bürgern*** verstärkt zu fördern***, wobei die Kriminalisierung der Unterschiede und die Einschränkung der persönlichen Freiheit durch Formen des Gewahrsams für illegale Einwanderer zu vermeiden sind;*** befürwortet die von bestimmten Mitgliedstaaten durchgeführten Einführungsprogramme, die voraussetzen, dass sowohl das Gastland als auch insbesondere der Neuankömmling gegenseitige Verpflichtungen übernehmen; schlägt vor, eine europäische Debatte darüber einzuleiten, ob und gegebenenfalls welche Sanktionen von der Art, wie sie in bestimmten Mitgliedstaaten bereits praktiziert werden, verhängt werden sollten, wenn die Integrationstests nicht bestanden werden;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 109
Ziffer 20 a (neu)

20a. ist der Auffassung, dass eine aktive Integrationspolitik für aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige Folgendes umfassen sollte: Festlegung klarer Vorschriften betreffend den Rechtsstatus von aufenthaltsberechtigten Personen und Gewährleitung ihres Rechts auf ordnungsgemäße Bearbeitung ihrer Akte, Ermöglichung einer angemessenen Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die Pflicht der Aufenthaltsberechtigten, vom Gastland veranstaltete Kurse in der bzw. in den Landessprachen zu besuchen, sowie das Recht des Zugangs zu Bildungsmaßnahmen, die Anerkennung von Diplomen, Gewährleistung des Zugangs zu Sozial- und Gesundheitsleistungen, Bemühungen um menschenwürdige Lebensbedingungen in den Städten und ihren Wohngebieten, Gewährleistung der Teilnahme der Migranten am sozialen, kulturellen und politischen Leben;

Or. fr

Änderungsantrag von Lapo Pistelli

Änderungsantrag 110
Ziffer 20 a (neu)

20a. unterstreicht, dass die Integration von Einwanderern in unsere Gesellschaften in Übereinstimmung mit den besten Praktiken in der EU, mit früheren Forderungen des Europäischen Parlaments und mit der Europäischen Konvention zur Teilnahmen von Ausländern am öffentlichen Leben auf lokaler Eben durch die Gewährung des Wahlrechts und der Wählbarkeit bei Gemeinde- und Europawahlen für Einwanderer, die länger als drei Jahre legal im Gebiet der EU gelebt haben, gefördert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 111
Ziffer 20 a (neu)

20a. fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, die Teilnahme ohne Wahlrecht legal in der EU lebender Staatenloser am öffentlichen und politischen Leben insbesondere durch die Gewährleistung eines angemessenen Beratungs- und Vertretungsmechanismus zu fördern; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Europäische Konvention zur Teilnahme von Ausländern am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene zu ratifizieren;

Or. en

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 112
Ziffer 21

21. ist der Meinung, dass der Kampf gegen die Diskriminierung, den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit ein wesentlicher Aspekt der Einwanderungspolitik ist; fordert die Mitgliedstaaten auf, möglichst bald die beiden diesbezüglichen Richtlinien umzusetzen und begrüßt die Initiative des Ratesvorsitzes, den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen; ***fordert, dass das Europäische Parlament erneut zu diesem Rahmenbeschluss nach neuerlichen Erörterungen im Rat konsultiert wird;***

Or. fr

Änderungsantrag von Giusto Catania

Änderungsantrag 113
Ziffer 21

21. ist der Meinung, dass der Kampf gegen die Diskriminierung, den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit ein wesentlicher Aspekt der Einwanderungspolitik ist; fordert die Mitgliedstaaten auf, ***sich dafür einzusetzen, unter den europäischen Bürgern die Kultur der Aufnahme, der Integration und der sozialen Eingliederung zu verbreiten, mit dem Ziel, eine interkulturelle Gesellschaft zu schaffen und bei allen politischen und institutionellen Maßnahmen Verstöße gegen den Grundsatz der Aufnahme und das Prinzip des Non-Refoulement zu vermeiden,*** möglichst bald die beiden diesbezüglichen Richtlinien umzusetzen und begrüßt die Initiative des Ratesvorsitzes, den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen;

Or. it

Änderungsantrag von Martine Roure, Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 114
Ziffer 21 a (neu)

21a. ersucht die Mitgliedstaaten, Abkommen mit den Herkunftsländern der Einwanderer abzuschließen, um die Übertragung der erworbenen Sozialversicherungsansprüche zu gewährleisten;

Or. fr

Änderungsantrag von Patrick Gaubert

Änderungsantrag 115
Ziffer 21 a (neu)

21a. legt dem Rat nahe, eine energischere Position einzunehmen, um angesichts dieser Vorschläge eine europäische Einwanderungspolitik zu konzipieren, die hinsichtlich der Herausforderungen, denen sich die Union stellen muss, effektiver ist;

Or. fr